

Regenwald Report

www.regenwald.org



Aktionen und Erfolge im Regenwald

Kenia: Kampf gegen Zuckerrohrplantagen

Ecuador: Das Öl soll im Boden bleiben

Rettet den Regenwald e.V.

Rainforest Rescue
Friedhofsweg 28, 22337 Hamburg
Tel. 040 - 410 38 04
Fax 040 - 450 01 44
info@regenwald.ORG
www.regenwald.ORG

Spendenkonto:

Sparda-Bank Hamburg
Kontonummer 0000 600 463
BLZ 206 905 00
IBAN: DE50 2069 0500 0000 6004 63
BIC GENODEF1S11

IMPRESSUM:

Titelfoto: Awá und ein ecuad. Förster vermessen ein Grundstück innerhalb des Awá-Territoriums. Foto: Klaus Schenck
Herausgeber: Reinhard Behrend (v.i.S.d.P.)
Redaktionsleitung: Ole Schulz
Layout: Kathrin Heidtmann
Infos, Mitarbeit, Fotos: Guadalupe Rodriguez, Klaus Schenck, Nathalie Weemaels, Inge Altemeier, Umbruch Bildarchiv, Michel Laplace-Toulouse, Archiv
Druck: Westermann Druck, Braunschweig

Rettet den Regenwald e.V. ist vom Finanzamt als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig. Förderer und Spender erhalten den Regenwald Report kostenlos.

Der Regenwald Report
wird auf Recycling-Papier gedruckt

Wer ein Jahresabonnement
des Regenwald Reports
verschenken möchte, sendet
uns einfach 10 Euro im
Briefumschlag.
Empfängeranschrift bitte nicht vergessen!



Liebe Freundinnen und Freunde des Regenwaldes,

eine der Hauptursachen für die globale Erwärmung ist die industrielle Landwirtschaft. 14 Prozent der Treibhausgase werden von ihr verursacht. Einer der Gründe ist der Einsatz von sogenanntem Stickstoffdünger, der riesige Mengen von Stickoxiden in die Luft abgibt. Die Abholzung von Wäldern und Zerstörung von Feuchtgebieten sind für weitere 18 Prozent der Treibhausgase verantwortlich und der weltweite Transport von Nahrungsmitteln verursacht weitere Emissionen.

Doch statt die Landwirtschaft umweltfreundlich zu verändern, wird eine gigantische Ausweitung der Monokulturen aus Zuckerrohr, Mais, Weizen oder Ölpalmen angestrebt, um damit die Energieprobleme der Welt zu beheben. Doch wie wir sehen, kann das so nicht funktionieren. Bereits jetzt werden Millionen Kleinbauern durch die Konkurrenz von Agrarkonzernen von ihren Äckern vertrieben und in die letzten Naturlandschaften abgedrängt. Nicht nur Wälder und Feuchtgebiete, sondern auch wichtige andere Lebensräume werden in Monokulturen – oftmals aus gentechnisch veränderten Hybridpflanzen – umgewandelt. Statt Vielfalt von Tier und Pflanzenwelt, meilenweit nur noch eine Wüste von genetisch identischen Pflanzen, deren Gene einigen wenigen Saatgutkonzernen wie Monsanto oder Syngenta gehören.

Alles dies ist durch viele Studien nachgewiesen (am besten zusammengefasst durch den Bericht „Stoppt den Agrar-Energie-Wahn“ von GRAIN*) und tagtäglich erhalten wir neue Schreckensmeldungen. Aber solange wir leben, können wir uns wehren. Vorbild dafür können uns Menschen in den Tropen sein, die ihre Heimat gegen die Agrar- und Lebensmittelkonzerne und gegen korrupte Politiker erfolgreich verteidigen. Die Awá-Indianer in Ecuador, Landfrauen in Brasilien oder Umweltschützer in Afrika sind ein Lichtblick für uns alle.

In Kenia haben die Umweltschützer mithilfe der Gerichte ein Zuckerrohrprojekt vorläufig gestoppt. Eine Atempause für die Natur und die Bevölkerung. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass unsere Regierung und vor allem unser Umweltminister Sigmar Gabriel endgültig die Pläne aufgibt, Zuckerrohr, Weizen und andere Nahrungsmittel als Treibstoff an unsere Autos zu „verfüttern“.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Ihr Reinhard Behrend

Reinhard Behrend

*Die Übersetzung der Broschüre „Stoppt den Agrar-Energie-Wahn“ können Sie für 2 Euro in bar oder Briefmarken bei uns bestellen oder unter www.regenwald.org/agrarwahn.pdf runterladen.

Wir haben die traurige Aufgabe, den Tod unseres langjährigen Redakteurs und Aktivisten Werner Paczian zu melden. Alle die ihn kannten, sind zutiefst geschockt. Werner hat seit 20 Jahren zunächst als Journalist und Autor des Buches „Raubmord am Regenwald“ und dann in den letzten Jahren als Redakteur des Regenwald Reports und der Internetseite von Rettet den Regenwald die Kampagnen zum Schutz der Wälder und der Menschen in den Tropen gestaltet und sich extrem für Umwelt, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte engagiert. Nun haben wir ihn völlig unvermittelt verloren. Der einzige Trost ist, dass Werners Arbeit manche Wälder gerettet, Umweltschützer im Süden und Norden tatkräftig geholfen und insgesamt die Welt ein klein wenig positiver gestaltet hat. Unser ganzes Mitgefühl gilt seine Angehörigen. Das Team von Rettet den Regenwald wird die Arbeit mit unverminderter Energie fortsetzen.

SPÄTE ÖKOLOGISCHE GERECHTIGKEIT

Ecuador amnestiert seine kritischen Geister

Mit der Entscheidung, 357 Umweltschützer und Menschenrechtsaktivisten zu amnestieren, hat die verfassungsgebende Versammlung weltweit Anerkennung geerntet. Fast alle Amnestierten hatten sich gegen umweltzerstörende Projekte im Bergbau- und Erdölsektor engagiert und wurden deswegen häufig willkürlich kriminalisiert. Große Erleichterung auch bei den mehr als 40 Gegnern aus dem Intag, die der kanadische Bergbaukonzern Ascendant Copper angezeigt hatte, weil sie sich gegen den illegalen Kupferabbau in den Nebelwäldern zur Wehr gesetzt hatten.

Rettet den Regenwald unterstützt die regionale Umweltgruppe DECOIN seit mehr als zehn Jahren. Mit Spendengeldern wurden bisher über 3.000 Hektar Regenwald als Sperrgrundstücke gegen das Bergbauprojekt erworben.

Bereits Ende Januar 2008 hatte die ecuadorianische Regierung fast 600 Konzessionen für Bergbauprojekte im Land für ungültig erklärt. Der linksgerichtete Präsident Rafael Correa hatte diesen Schritt damit begründet, dass die nationalen Ressourcen auch dafür genutzt werden müssen, den Armen des Landes zu helfen.

JATROPHA STATT REIS

Investoren tanzen Tansanias Regierung auf der Nase herum

Jatropha ist eine genügsame Pflanze, die eigentlich nicht in direkter Konkurrenz zum Getreideanbau steht. Doch weil sie auf fruchtbaren Böden kultiviert wird, um daraus Agrosprit zu gewinnen, hat auch Jatropha seinen Teil dazu beigetragen, dass die Preise für Nahrungsmittel rasant gestiegen sind.

Tansania ist ein typisches Opfer des globalen Trends der Verdrängung des Nahrungsmittelanbaus. Dort wurden bereits fast 641.170 Hektar fruchtbares Ackerland für den Anbau von Energiepflanzen freigegeben, meldete die tansanische Zeitung *The Citizen* Ende Juli. Eine Reihe von Abgeordneten fordert daher, dass alle weiteren Landvergaben gestoppt werden sollten.

Zum Teil haben Agrosprit-Unternehmen Ländereien sogar von den Bezirksverwaltungen erworben, obwohl das der Zustimmung der Zentralregierung bedarf. Laut dem stellvertretenden Landwirtschaftsminister Mathayo sei das nun gestoppt worden.

SOCKEN FÜR DIE ORANG-UTANS

Die Wollfirma Tutto spendet 50.000 Euro

In handgestrickten Socken fühlen sich nicht nur die Füße wohl, sie sind auch so warm eingepackt, dass leicht Energie zum Heizen eingespart werden kann. Wer selbst die Stricknadeln in die Hand nimmt, kann dazu auch noch helfen, den Regenwald zu schützen. Die Firma Tutto hat Strickmuster für Socken entworfen, deren Farben den Tieren des Regenwaldes nachempfunden sind. Mit jedem gekauften Knäuel Opalwolle geht eine Spende an Rettet den Regenwald. Initiator und Firmenchef Wolfgang Zwerger hat inzwischen 50.000 Euro gespendet. Das Geld fließt in die Schutzprojekte für den Regenwald auf Borneo, um dort die letzten Lebensräume der von Ausrottung bedrohten Orang-Utans zu schützen. Mehr Infos zu dieser Spendenaktion finden Sie unter www.sockenwolle.de.

KEINE BEIMISCHUNG VON AGRARTREIBSTOFF

UN-Experte fordert volle Teller statt volle Tanks

Die Herstellung von Agrartreibstoffen aus Nahrungsmitteln sollte nach einer Forderung des UN-Experten Jean Ziegler für fünf Jahre ausgesetzt werden. Der Sonderberichterstatter schreibt in seinem Bericht, dass der heute praktizierte Weg, aus Nahrungsmitteln Agrarsprit zu produzieren, weltweit zu massiven Kostensteigerungen führt. Die Auswirkungen, welche die zunehmende Herstellung von Agrosprit habe, seien Grund zu großer Besorgnis, weil dadurch die Nahrungsmittelproduktion verdrängt werde. Während rund 200 Kilogramm Mais ausreichen, um einen Menschen ein Jahr lang zu ernähren, lassen sich daraus lediglich magere 50 Liter Agrartreibstoff gewinnen. Eine Tankfüllung kann einen Menschen also ein ganzes Jahr lang ernähren.

Die Konkurrenz um die Rohstoffe trifft vor allem die Armen und Hungrigen in den Entwicklungsländern, sie sind den rasant steigenden Preisen für Nahrung, Land und Wasser hilflos ausgeliefert, schreibt der Schweizer Soziologieprofessor, der das Amt des UN-Sonderbeauftragten seit acht Jahren ausübt.



Die Umweltgruppe DECOIN aus Ecuador



Früchte einer Jatropha-Pflanze



RdR empfängt den großzügigen Scheck.



Ziegler ist kritisch gegenüber Agrarsprit



Heimat der Huaorani, Taromenani, Tagaeri und Oñamenane-Indianer: seit 1989 ist der Yasuní Nationalpark UNESCO-Biosphärenreservat.

DEUTSCHER BUNDESTAG FORDERT: Das Öl soll im Boden bleiben

Fast eine Milliarde Barrel Öl liegen unter der Erde des Yasuní-Nationalparks in Ecuador. Für den Verzicht, diese Vorkommen zu fördern, will die Regierung entschädigt werden.

Über der Erde ist alles grün. Kristallklare Flüsse fließen vorbei an mächtigen Baumriesen. Auf einem Quadratkilometer gibt es mehr Baumarten als in ganz Europa. Die Rufe der Papageien und das Ge-

heul von Brüllaffen tönen durch die Wipfel. Das Gebiet in der nordwestlichen Amazonas-Region Ecuadors ist nach dem Fluss Tibutini und den indianischen Namen Ishpingo und Tambucocha benannt, kurz ITT, und gehört zum Yasuní-Nationalpark. Der ist eines der Naturparadiese Südamerikas. Hier leben mehrere indigene Stämme, unter ihnen die Huaorani, Taromenani, Tagaeri und Oñamenane. Doch ein paar Hundert Meter tief in der Erde des ITT-Gebiets liegt die große Bedrohung für den Urwald und seine Bewohner verborgen: Fast eine Milliarde Barrel Öl, die größte Reserve Ecuadors. Und ausländische Interes-

senten, die das Öl zusammen mit der staatlichen Gesellschaft Petroecuador ausbeuten wollen, stehen Schlange. Umso überraschender kam der radikale Vorschlag, mit dem die ecuadorianische Regierung im Juni vergangenen Jahres an die Öffentlichkeit trat: Für den Verzicht, diese reichhaltigen Ölvorkommen zu fördern, solle sich die internationale Gemeinschaft an den Einnahmeausfällen beteiligen und pro Jahr 350 Millionen Dollar aufbringen. Hintergrund des Vorstoßes der Regierung Rafael Correas ist die Diskussion um die sogenannte „Klimagerechtigkeit“. Dieser Begriff meint, dass die Industrieländer Verpflichtungen

gegenüber der Dritten Welt anerkennen müssen, da sie den größten Teil der klimaschädlichen Treibhausgase produzieren. Dessen negative Folgen treffen jedoch am Härtesten die armen Länder des Südens, weshalb der Norden für seine Umweltschulden entsprechend zahlen solle.

„Klimagerechtigkeit“ für die Länder des Südens

Der kleine Andenstaat Ecuador mahnt nun eine konkrete Umsetzung an - mit dem Ziel, ein weltweit einmaliges Biosphärenreservat zu erhalten und die dort lebende indigene Bevölkerung zu schützen. Das Yasuní-Schutzgebiet wurde 1989 in das Biosphärenschutzprogramm der UNESCO aufgenommen. Dass Ecuador nun überlegt, die riesigen Ölvorkommen im Boden zu

lassen, hat vor allem auch mit den katastrophalen Erfahrungen der 40-jährigen Ölförderung im Land zu tun: Sie hat zu einer großflächigen Verseuchung ganzer Landstriche geführt, wo der Ölmulti Chevron Texaco Milliarden Liter hochtoxischer Rückstände hinterlassen hat.

Kompensationszahlungen statt Ölförderung

Damit dem ITT-Gebiet nicht das gleiche widerfährt, hat der – mittlerweile zurückgetretene – Energieminister Alberto Acosta die Idee der Kompensationszahlungen für den Verzicht der Ölförderung entwickelt: Verschiedene Geber sollen die Hälfte der erwarteten Einnahmeausfälle als Beitrag zur Erhaltung des Ökosystems Yasuní finanzieren. Dies wären nach aktuellen Berechnungen 350 Millionen US-Dollar pro Jahr über einen Zeitraum von 13 Jahren. Die ecuadorianische Regierung selbst will die andere Hälfte tragen.

Präsident Rafael Correa hat eine Frist von einem Jahr gesetzt, innerhalb derer verbindliche Zusagen für etwaige Kompensationszahlungen abgegeben werden sollen. Sollte bis dahin die Finanzierung nicht gesichert sein, so ist davon auszugehen, dass der Schutzstatus aufgehoben und das Ölfeld im ITT-Gebiet zur Erschließung freigegeben wird. Nicht zuletzt diese Androhung hat dazu geführt, dass Kritiker von einem Erpressungsversuch der ecuadorianischen Regierung sprechen. Der deutsche Bundestag hat auf Anregung der Grünen einstimmig die Bundesregierung aufgefordert, sich bei der Regierung Ecuadors für eine Verlängerung der Frist bis zum Ende des Jahres einzusetzen, „um eine genauere Prüfung der Vorschläge zu ermöglichen“.

Denn bislang ist eine Reihe von Fragen noch ungeklärt. Zum Beispiel, wie und von wem die Kompensationszahlungen geleistet werden sollen. Ein Kapitalfonds wäre ebenso möglich wie die Ausgabe von Schuldscheinen. Neben einem Schuldenerlass für Ecuador wären auch Beiträge von einzelnen Staaten und NGO's, aber auch von Einzelpersonen denkbar. Sicher ist allenfalls, dass der ecuadorianische Vorstoß schon jetzt ein bewirkt hat: Er hat die Debatte um

notwendige Maßnahmen für den Klima- und Umweltschutz um einen interessanten Ansatz erweitert, der die bisherigen Muster radikal durchbricht.



Oben: Indianer schützen die Regenwälder besser als die Regierung

Unten: Ölförderungen im Regenwald zerstören die Natur und Lebensraum

Rettet den Regenwald unterstützt die indigenen Stämme im Yasuní-Nationalpark. Organisationen wie Acción Ecológica und Save Americas Forests arbeiten bereits mit den Huaorani zusammen. Rettet den Regenwald möchte diese Bemühungen finanziell unterstützen und bittet um Spenden. Kreuzen Sie dazu im Spendenformular auf der Rückseite des Reports dieses Projekt an.



Szene aus dem Film
„Die Biosprit-Falle“
von Inge Altemeier.
Wo einst Regenwald
stand, wachsen nun
Monokulturen.

Vom BIODIESEL zum HUNGERDIESEL

Die Weltbank macht den Agrosprit-Boom als Hauptursache für den weltweiten Anstieg der Nahrungsmittelpreise aus. Die Politik reagiert bisher nur langsam.

Es war schon etwas peinlich: Bundeskanzlerin Merkel machte sich im Mai auf den Weg zum Staatsbesuch nach Brasilien. Ein Abkommen über nachhaltige Biokraftstoffe sollte abgeschlossen werden, der Regenwald geschont und nur noch umweltverträglich produziert werden. Doch noch bevor der Gast aus Deutschland eintraf, trat die brasilianische Umweltministerin Marina Silva demonstrativ zurück. Marina Silva

hatte gute Gründe, und mit ihrer Kritik an der sprunghaft angestiegenen Nutzung von Pflanzen zur Gewinnung von Biokraftstoffen steht sie längst nicht mehr allein da. Sogar die Weltbank räumt mittlerweile ein, dass der Agrosprit-Boom die Nahrungsmittelpreise um bis zu 75 Prozent in die Höhe getrieben habe. Rettet den Regenwald hat sich mit zahlreichen anderen Umwelt- und Sozialorganisationen vernetzt und betreibt seit drei Jahren intensive Öff-

fentlichkeits- und Lobbyarbeit gegen den Agrospritwahnsinn. Auch dank unserer Arbeit ist die Euphorie vergangener Jahre verflogen. Das „grüne Gold vom Acker“ ist in Verruf geraten und dessen Befürworter, die sich lange Zeit immun gegen alle Kritik zeigten, stehen nun am Pranger. Jetzt sehen auch sie sich zum Handeln gezwungen: So leitete die EU im Juli klammheimlich und ohne den sonst üblichen Medienrummel eine Kehrtwende beim Agrosprit ein.

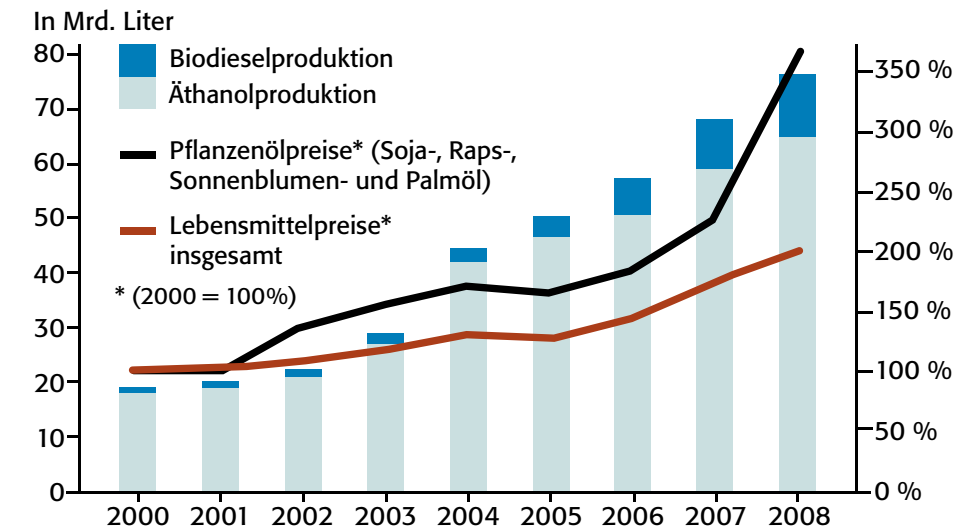
Kurz zuvor hatte eine Studie der Weltbank für Schlagzeilen gesorgt. Unter Berufung auf das Dokument schreibt die britische Zeitung Guardian, die Nutzung von Pflanzen zur Gewinnung von Biokraftstoffen habe Nahrungsmittel weltweit um bis zu 75 Prozent teurer gemacht.

Im Tank statt im Magen

Mit dieser Zahl liegt die konservative Weltbank sogar noch deutlich über den Schätzungen anderer Experten; laut einer Studie der Hilfsorganisation Oxfam zum Beispiel,

Anstieg der Lebensmittelpreise durch Biosprit

Quelle: Welthunger-Hilfe, FAO, Weltbank, Oil World



ist die Agrartreibstoff-Politik der Industrieländer zu gut 30 Prozent am aktuellen weltweiten Anstieg der Nahrungsmittelpreise beteiligt, wodurch unlängst mindestens 30 Millionen Menschen in die Armut getrieben wurden. Die bisher von offizieller Seite vorgelegten Daten lagen immer im Bereich von etwa drei Prozent, egal ob sie aus den USA, der EU oder von der Bundesregierung stammten. Fest steht: Grundnahrungsmittel wie Mais, Weizen, Zucker, Sojaöl, Palmöl und Rapsöl werden zunehmend zu Ethanol und Agrodiesel verarbeitet, um in Automotoren und Blockheizkraftwerken verfeuert zu werden. 2007 landeten weltweit 100 Millionen Tonnen Getreide im Tank statt im Magen, mit stark steigender Tendenz. Mit der gleichen Getreidemenge ließen sich etwa 500 Millionen Menschen während eines Jahres ernähren. Kleinbauern und Umweltaktivisten haben den Spirit vom Acker bereits vor Jahren „Todeskraftstoff“ getauft und sagten einen gnadenlosen Konkurrenz- und Verteilungskampf zwischen Tank und Teller voraus. Er hat bereits begonnen! Wichtige Grundnahrungsmittel werden als Folge des globalen Agrospritbooms knapp und die Preisspirale schraubt sich rasant

in die Höhe. Lokal kam es schon zu Engpässen bei der Nahrungsmittelversorgung und viele Länder, von Argentinien über Indonesien bis China, beschränken den Getreideexport.

Demonstrationen und Hungerrevolten

Auch Deutschland ist von Preissteigerungen nicht verschont geblieben, doch handelt es sich bisher für eine große Mehrheit lediglich um ärgerliche Mehrausgaben. In den armen Ländern kommt es derweil bereits vielfach zum Kampf ums Überleben. Seit Monaten gibt es Hungerrevolten, gewaltsame Aufstände und Demons-

„Es wäre ganz offensichtlich irrsinnig, wenn wir eine Politik hätten, die versucht, die Treibhausgasemissionen zu senken, indem wir Biotreibstoffe verwenden, die ja in Wirklichkeit zu einem Anstieg der Treibhausgase führen.“

Robert Watson (defra)

trationen. Auf Haiti waren bei gewaltsamen Protesten 5 Tote sowie 170 Verletzte zu beklagen. Lebensmittelgeschäfte und Supermärkte wurden geplündert, die Regierung sogar gestürzt. Von solchen Hungerrevolten wird auch aus Ägypten, Burkina Faso, Kamerun, der Elfenbeinküste, Guinea, Marokko, Mauretanien, Mosam-



Oxfam, Brot für die Welt, Inkota. Laut einem Oxfam-Bericht treibt die Agrartreibstoff-Politik 30 Millionen Menschen in die Armut und beschleunigt den Klimawandel.

bik, Niger, Senegal, Pakistan, Bangladesch oder Indonesien berichtet. Auf dem Treffen der G8-Staaten im Juli in Japan schlugen die Industrieländer zur Lösung des Preisanstiegs die vollständige Liberalisierung der Agrarmärkte vor. Yoshitaka Mashima von der Kleinbauernvereinigung Via Campesina entgegnete entsetzt: „Wir verstehen das nicht. Die Liberalisierung der Landwirtschaft und Nahrungsmittelmärkte hat uns doch gerade in die aktuelle Krise geführt. Die Menschen benötigen lokal produzierte Lebensmittel, um sich vor der Instabilität der Weltmärkte zu schützen. Wir brauchen nicht noch mehr importierte Nahrung.“ Das scheinen nun allmählich auch die Bürokraten in Brüssel eingesehen zu haben: Auf der Tagung der EU-Umweltminister Anfang Juli waren erstmals neue Töne bezüglich der Biosprit-Beimischungsquote zu hören, durch welche die Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion verschärft worden war. „Die zehn Prozent müssen erneuerbar, das heißt nicht nur Biosprit, sein“, betonte der französische Energieminister und EU-Ratspräsident Jean-Louis Borloo. „Wir müssen überdenken, ob sich die Prozentsätze halten lassen“, erklärte derweil Wirtschaftsstaatssekretär Jochen Homann nach dem Treffen. Wenige Tage später führte der Umweltausschuss des EU-Parlaments in Straßburg eine erste konkrete Kurskorrektur durch, und zwar nach unten: Bis 2015 gilt ein Beimischungsziel von nur noch vier Prozent. Dann

soll neu entschieden werden, ob eine Steigerung auf acht bis zehn Prozent bis 2020 möglich sei. Im Herbst soll das EU-Parlament über das Agrospritziel abstimmen.

Bilaterale Abkommen drohen

Da die Äcker in Deutschland und der EU nicht mehr produzieren können und bereits jetzt ganze Landstriche gelb sind vom Raps für Agrodiesel, versuchen Politik und Wirtschaft nun aber über bilaterale Abkommen mit einzelnen Ländern an Agrosprit zu kommen. Quasi als Auftakt für die zur gleichen Zeit beginnende Biodiversitätskonferenz in Bonn schuf Bundeskanzlerin Angela Merkel schon während ihres Staatsbesuchs im Mai in Brasilien Fakten. Obwohl am Vortag die brasilianische Umweltministerin Silva zurückgetreten war, weil ihre Bemühungen zum Schutz der Natur immer wieder abgewürgt werden und die Regenwaldrodung neue Rekordwerte erreicht, unterzeichnete Merkel ein umstrittenes Energieabkommen mit Schwerpunkt „Bioenergie“ zwischen beiden Ländern. Trotz aller Kritik wurde dabei

die angebliche Unbedenklichkeit des brasilianischen Agrosprits für Mensch und Natur verkündet. Immerhin: Langsam, ganz langsam, beginnt sich auch die Politik zu bewegen. Nach massiven Protesten von Fachleuten, Umweltinitiativen und Nichtregierungsorganisationen – von der Deutschen Welthungerhilfe bis zu Rettet den Regenwald – verzichtete der Umweltausschuss des europäischen Parlaments zunächst einmal auf eine höhere Agrosprit-Beimischungsquote für Kraftstoffe. Und auch in Deutschland blieb die Kritik nicht ohne Wirkung: Derzeit ist eine Kabinettsvorlage für eine Änderung des Biokraftstoffquotengesetzes in Arbeit. Umweltminister Gabriel schlägt eine Senkung der für 2009 vorgegebenen Quote von 6,25 Prozent Beimischung von Biosprit zu Benzin auf 5,0 Prozent und für 2010 von 6,75 Prozent auf 6,25 Prozent vor. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll demnach bis 2020 statt insgesamt 17 nur noch 12 Prozent der Kraftstoffe ausmachen. Was Gabriel zum Umdenken bewogen hat, war allerdings weniger einer generellen Einsicht in die fatalen globalen Folgen des Agrosprit-Booms geschuldet als vielmehr dem Druck der Automobilindustrie: Denn viele Importfahrzeuge vertragen die ursprüngliche geplante zehnprozentige Beimischung von Biosprit zu Benzin schlicht und einfach nicht.

„Die Ergebnisse [unserer Studie] zeigen, dass der Nettoeffekt der Biodieselproduktion durch Abholzung von kohlenstoffreichen Biotopen den Ausstoß von CO₂ im Vergleich zu fossilem Brennstoff für Jahrzehnte und Jahrhunderte erhöhen wird.“ Joseph Fargione (Nature Conservancy)

Rettet den Regenwald fordert weiterhin, die Beimischungsquoten für Agrosprit komplett zu streichen und ein Moratorium für dessen Produktion. Um diesen Zielen Nachdruck zu verleihen und Druck auf die Politik auszuüben, bitten wir darum, den deutschen Umweltminister persönlich anzuschreiben, um ihm massenhaft die entsprechenden Forderungen zu unterbreiten: Sigmar Gabriel, c/o Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Alexanderstraße 3, 10178 Berlin.

Affen oder Margarine?

Der Nahrungsmittelkonzern Unilever beteiligt sich an einer Palmölplantage im Tanoé-Sumpfwald an der Elfenbeinküste. Er ist Heimat dreier bedrohter Affenarten.

Zunächst die gute Nachricht: Der Miss Waldrons Roter Stummelaffe galt seit dem Jahr 2000 als ausgestorben. Diese Unterart des Stummelaffen war seit 1978 nicht mehr gesichtet worden. Doch der Forscher Inza Kone von der Universität in Cocody an der Elfenbeinküste hat im März 2008 im Tanoé-Sumpfwald deutlich den Ruf der Stummelaffen-Art vernahmen können. Es scheint, dass einige Exemplare des ersten, im 21. Jahrhundert von der Liste der lebenden Arten gestrichenen Affen, doch überlebt haben. Die schlechte Nachricht ist, dass das einheimische Unternehmen PALMCI, an dem der Unilever-Konzern Anteile hält, kurz vorher damit begonnen hat, vor Ort Trockenlegungsarbeiten durchzuführen und Teile des Tanoé-Waldes zu roden, um dort Ölpalmen zu pflanzen. Mit der Abholzung des natürlichen Lebensraumes der Affen ist ihr Überleben nun erneut gefährdet. Die neuen Anbaugelände seien notwendig geworden, rechtfertigt sich Unilever, da in bisherigen Anbauregionen in Südostasien kein Platz mehr sei und die Nachfrage nach Produkten, die aus Ölpalmen hergestellt werden, stetig steige. Neben dem Miss Waldrons Roten Stummelaffen sind weitere Tierarten von den Abholzungen bedroht. In den Baumkronen würden die vom Aussterben bedrohten Geoffroy-Stummelaffen und die Diana-Meerkatzen leben, so Paul N’Goran vom Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig. Beide könnten ohne den tropischen Regenwald nicht überleben. PALMCI hatte im Februar 2008 damit begonnen, täglich 20 Hektar Urwald mit schweren Bulldozern plattzumachen. Für die von PALMCI-Unilever geplanten 8.000 Hektar industrieller Ölpalm-Monokulturen soll der 6.000 Hektar große, zwischen Atlantikküste, dem Ehy-See und der Grenze zum Nachbarland Ghana gelegene Tanoé-Sumpfwald komplett vernichtet werden. In der Umgebung von Tanoé verfügt PALMCI-Unile-



Ein Bulldozer bei der Zerstörung des Tanoé-Sumpfwalds an der Elfenbeinküste in Afrika. Nach Protesten von Umweltorganisationen wurden die Arbeiten vorläufig gestoppt.

ver bereits über die 11.600 Hektar große Ehania-Ölpalmplantage und drei Palmölverarbeitungsanlagen.

„Sofortige Einstellung aller Arbeiten“ erzwungen

Die vollständige Rodung des Tanoé-Sumpfwaldes als letzten im Südosten der Elfenbeinküste verbliebenen Urwaldes zur Erweiterung der Ölpalm-Monokulturen hätte schwerwiegende Folgen für Mensch und Natur: Urwälder und Feuchtgebiete genießen als sehr wichtige und sensible Ökosysteme weltweit besonderen Schutz. Sie sichern den Lebensunterhalt der lokalen Bevölkerung, sind der Lebensraum von Tieren und Pflanzen und speichern wertvolles Trinkwasser sowie große Mengen an in der Vegetation und im Boden gebundenen Kohlenstoffs. Die Rodung der Vegetation und Trockenlegung des Sumpfes setzt Kohlendioxid frei und heizt die globale Klimaerwärmung massiv an. Lokale Umweltschützer und Wissenschaftler haben – nach zahlreichen erfolglosen Gesprächs- und Verhandlungsversuchen mit PALM-

CI-Unilever – daher Mitte Mai 2008 eine internationale Kampagne gestartet. In deren Rahmen wurde die Öffentlichkeit über die Aktivitäten der Firma aufmerksam gemacht, die „sofortige Einstellung aller Arbeiten, die voraussichtlich die Integrität des Walds und seiner Bewohner beeinflussen, gefordert“ und in einem „Manifest für den Schutz des Tanoé-Sumpfwaldes“ um Unterstützung gebeten. Bisher haben allein diesen Aufruf mehr als 11.000 Menschen aus aller Welt unterzeichnet. Ein erster Erfolg blieb nicht aus: Im Juni verkündete PALMCI-Unilever den Stopp der Baumfällungen im Tanoé-Sumpfwald, bis in einer noch zu erstellenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) die Pläne der Firma beurteilt werden. Doch ist PALMCI-Unilever bisher nicht von dem generellen Ziel abgerückt, den Tanoé-Sumpfwald vollständig für industrielle Ölpalm-Monokulturen zu roden. Es ist zu befürchten, dass die Versicherung von Unilever in einem Mitteilungsschreiben, „alles zu tun um sicherzustellen, dass die Biodiversität des Waldes nicht geschädigt wird und bedrohte Tierarten geschützt werden“, kaum mehr



Die Diana-Meerkatze ist eine der drei bedrohten Arten: Die Primaten sind in Afrika beheimatet und leben in Gruppen in den Baumwipfeln. Sie lieben Früchte.

als ein Lippenbekenntnis darstellt. Die Rodungen bedrohen zudem auch Tausende von Kleinbauern in der Umgebung von Tanoé, deren Existenz von traditionellen Nutzungen wie Fischfang, Jagd und dem Sammeln von Waldprodukten abhängt. Die lokale Bevölkerung ist am Erhalt des Tanoé-Sumpfwaldes sehr interessiert, nimmt an von Umweltschützern organisierten Aktivitäten wie Kontrollinspektionen durch lokale Waldranger und Informationsveranstaltungen aktiv teil und hat ihren Widerstand gegen die Zerstörung des Walds durch PALMCI-Unilever verkündet.

Unilever bemüht sich nun, den Imageschaden für das Unternehmen in Grenzen zu halten. Bereits im Mai hatte Unilever-Chef Patrick Cescau per Pressemitteilung mit dem Titel „Unilever setzt sich für Nachhaltigkeit beim Palmölanbau ein“ angekündigt, „den gesamten Bedarf an Palmöl ab 2015 von Lieferanten zu beziehen, die für nachhaltigen Anbau zertifiziert sind“. Weiter heißt es: „Nachhaltigkeit war und ist für Unilever zentrales Anliegen – nicht nur, um eine stabile Versorgung der Supply Chain, sondern auch, um ein verantwortungsvolles Handeln des Unternehmens zu sichern, das die wachsenden Bedenken von Kunden und Verbrauchern in aller Welt berücksichtigt.“

Rettet den Regenwald bleibt allerdings skeptisch, denn Unilever bezieht seit zwei Jahrzehnten wachsende Mengen an Palmöl aus Regenwaldgebieten – bisher, ohne auf deren nachhaltige Produktion zu achten. Dabei sollten dem Kon-

zern die Prinzipien und Kriterien des „Runden Tisches zu nachhaltigem Palmölanbau“ (RSPO) gut bekannt sein, war der Konzern in 2004 doch Gründungsmitglied und stellt zudem mit Jan Kees Vis aktuell sogar den Präsidenten der Organisation.

Unilever ist weiterhin verantwortlich

Im Falle der Aktivitäten im Tanoé-Sumpfwald hat Unilever mindestens gegen zwei RSPO-Kriterien verstoßen, weshalb die dortige Plantage noch nicht einmal nach den selbst auferlegten Regeln zertifizierbar ist. Zum einen hat Unilever einen klaren Gesetzesverstoß begangen, da eine UVP nach der Gesetzgebung der Elfenbeinküste verbindlich vorgeschrieben ist, bevor ein Projekt durchgeführt werden darf, das wichtige Auswirkungen auf die Umwelt haben kann. Zum anderen wurde gegen die Vorgabe verstoßen, dass keine neuen Pflanzungen angelegt werden dürfen, die Primärwald oder „jedwede Fläche, die einen oder mehrere Besonders Geschützte Werte (High Conservation Values) enthalten“. Denn der Tanoé-Sumpfwald ist ein Primärwald und Lebensraum akut vom Aussterben bedrohter Primaten.

Zwar hat Unilever nun angekündigt, die PALMCI-Anteile an die Firmen SIFCA sowie Wilmar International Limited und Olam International Limited aus Singapur zu verkaufen. Doch Unilever wird weiter Endabnehmer des Palmöls von PALMCI-Plantagen

bleiben und außerdem durch das Joint Venture-Unternehmen Newco eng mit SIFCA, einem der wichtigsten Aktionäre von PALMCI, verbunden bleiben.

Die Wilmar-Gruppe, einer der größten Palmölproduzenten und -händler weltweit, betreibt nach Untersuchungen der niederländischen NRO Milieudéfense zur Erweiterung ihrer Ölpalmplantagen in Indonesien illegale Brandrodung, die Umwandlung besonders schützenswerter Regenwälder, ist in Landkonflikte mit der lokalen Bevölkerung verwickelt und konnte für ihre Plantagen zum Teil keine genehmigten UVPs vorweisen.

Rettet den Regenwald hält Unilever daher weiter verantwortlich für das Schicksal des Tanoé-Sumpfwaldes in der Elfenbeinküste und fordert:

- Die sofortige Einstellung aller Aktivitäten zur Trockenlegung des Sumpfwaldes, Rodung der Vegetation und Anlage von Pisten im Gelände.
- Die Schließung der Entwässerungsgräben und Durchführung aller notwendigen Maßnahmen zur Reparatur bereits angerichteter Schäden einschließlich Renaturierung der Natur.
- Die Unterstützung aller notwendigen Maßnahmen zum effektiven Schutz des Tanoé-Sumpfwaldes und der darin vorkommenden Tier- und Pflanzenarten einschließlich Erlangung eines offiziellen Schutzstatus für das Gebiet.
- Die Übertragung der Landrechte an eine sofern möglich, lokale kommunale Organisation mit der Verpflichtung zum Schutz des Gebiets.

Wir fordern die Leser des Regenwald Reports darum, Unilever direkt anzuschreiben, um die Konzernleitung zu einem Umdenken zu bewegen:

Dr. Manfred Stach
Vorsitzender des Aufsichtsrates
Unilever Deutschland GmbH
Dammthorwall 15
20355 Hamburg
manfred.stach@unilever.com

Weitere Informationen:
Studie zum Thema Tanoé:
www.regenwald.org/pdf/tanoee.pdf
Unilever und seine Produkte:
www.unilever.de/ourbrands

Unilever und Palmöl

Unilever, ein global agierender Konzern, ist einer der weltweit größten Produzenten von Nahrungsmitteln. Zu den in Deutschland bekanntesten Unilever-Marken zählen unter anderem Rama, Lätta, Becel, Dove, Knorr und Langnese (eine Übersicht finden Sie unter: <http://www.unilever.de/ourbrands>). Für die Herstellung der Nahrungsmittel verwendet Unilever seit vielen Jahren Palmöl – jährlich kauft das Unternehmen etwa 1,6 Millionen Tonnen Palmöl und dessen Derivate. Das entspricht rund vier Prozent des weltweiten Angebots an Palmöl.

Dessen Produktion, die zu über 75 Prozent aus Malaysia und Indonesien stammt, wächst seit Jahren – zum einen durch die Verwendung von Palmöl für die Produktion der umstrittenen Biotreibstoffe, zum anderen aufgrund des wachsenden Bedarfs in Schwellenländern. Wegen der steigenden Nachfrage sind die Produzenten fieberhaft auf der Suche nach neuen Anbauflächen – so wie jetzt Unilever an der Elfenbeinküste (siehe Text). Dabei ist Palmöl zunehmend in Verruf geraten, weil viele der Plantagen durch Brandrodung von Regenwald geschaffen werden. Unilever hat auf die Kritik reagiert und im Mai erklärt, ab 2015 nur noch nachhaltig produziertes Palmöl zu verwenden.

Doch die UNO befürchtet bereits für das Jahr 2012 die völlige Vernichtung der Wälder auf den indonesischen Inseln Sumatra und Borneo – vor allem durch die Ausweitung der Palmölplantagen. Daran wird auch die Unilever-Mitarbeit beim „Runden Tisch zu nachhaltigem Palmölanbau“ (RSPO) kaum etwas ändern. Denn die vom RSPO definierten Kriterien sind lediglich Mindeststandards und das von Plantagenbetreibern, Industriekonzerne und Banken dominierte RSPO-Siegel wird von Umweltschutzorganisationen wie Rettet den Regenwald nicht anerkannt, weil monokulturelle Plantagen generell umwelt- und sozialschädlich sind – von „Nachhaltigkeit“ kann hier keine Rede sein. Der RSPO schließt weder generell die Rodung von Regenwäldern noch den Einsatz hochgiftiger Pflanzenschutzmittel auf den Palmölplantagen aus.

Berlin hilft beim Elfenbein-Handel



Schmuggel und Schwarzmarktpreise steigen rasant durch die Legalisierung des Elfenbeinhandels

China, das Land mit dem weltgrößten Schwarzmarkt für Elfenbein, darf erstmals legal das „weiße Gold“ importieren. Denn der Ständige Ausschuss des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (WA) hat das Elfenbein-Handelsverbot weiter gelockert – mit aktiver Unterstützung der Bundesregierung. „Das heizt den Schmuggel weiter an“, kritisiert Dr. Sandra Altherr von Pro Wildlife.

Der Ausschuss gab Mitte Juli den größten Elfenbeinverkauf seit 20 Jahren frei. Botsuana, Namibia, Südafrika und Simbabwe dürfen 108 Tonnen Elfenbein aus Lagerbeständen nach Japan und erstmals auch nach China verkaufen. „Diese Entscheidung ist katastrophal. Wir befürchten, dass nun noch mehr Elefanten gewildert werden und der Elfenbeinschmuggel nach China völlig außer Kontrolle gerät“, betont Altherr. „Allein die Aussicht auf eine baldige Lockerung des Handelsverbotes ließ die Schwarzmarktpreise in Asien in jüngster Zeit explodieren.“

Pro Wildlife kritisiert, dass die Bundesregierung für die Lockerung des Elfenbeinhandels mit verantwortlich ist. Im Oktober 2007 war eine

Delegation des Bundesumweltministeriums (BMU) unter der Ägide von Jochen Flasbarth, dem Leiter der Abteilung Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung, nach China gereist, um sich vor Ort ein Bild der Situation zu machen. Der BMU-Bericht, der Pro Wildlife zugespielt wurde, ist insofern brisant, als er mit Argumenten gespickt ist, die China zu Elfenbeinimporten verhelfen sollen. „Das BMU äußert in seinem Gefälligkeitsgutachten viel Sympathie für die chinesische Elfenbeinschnitzerei und betont den Verlust von Arbeitsplätzen, wenn der Elfenbein-Nachschub ausbleibt. Der massive illegale Handel wird dagegen ausgeblendet“, kritisiert Altherr. Seit 1989 gilt ein weltweites Elfenbeinhandelsverbot, das jedoch immer mehr aufgeweicht wird. 1999 durfte Japan erstmals 50 Tonnen Elfenbein importieren. Seit das Verbot gelockert wurde, stieg die Zahl gewildeter Elefanten in Afrika wieder deutlich an – auf derzeit etwa 20.000 Elefanten jährlich.

Protestieren Sie direkt bei Gabriel: Sigmar Gabriel, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Alexanderstraße 3, 10178 Berlin.

Am 1. Juli 2008 hatte die kenianische Regierung beschlossen, dass im ökologisch einzigartigen Delta des Tanaflusses auf einer Fläche von 22.000 Hektar – was einer Fläche von 44.000 Fußballfeldern entspricht – eine Zuckerrohrplantage angelegt werden darf. Verknüpft wurde der Beschluss mit den Versprechen, dass das Projekt 25.000 neue Arbeitsplätze schaffen und Kenia unabhängiger vom Treibstoff- und Zuckerimport machen werde. Gegen die Kommerzialisierung der Flussregion hatte sich bereits vor Jahren das Kenya Wetlands Forum (KWF) ausgesprochen und vor den verheerenden Folgen des Vorhabens für den Naturhaushalt und die ansässige Bevölkerung gewarnt. Die neue kenianische Koalitionsregierung, die zahlreiche neue



Es wird befürchtet, dass bis zu 30.000 Menschen durch die Plantagen vertrieben werden.

Ministerien und Posten geschaffen hat, schien darauf keine Rücksicht nehmen zu wollen. Kritiker befürchteten, dass das Projekt die Vertreibung von bis zu 30.000 Menschen aus ihrer Heimat zur Folge hätte und das tier- und pflanzenreiche Ökotop des Tana-Mündungsgebietes zerstört werden würde. Die Schäden durch das Tana-Projekt würden die wirtschaftlichen Vorteile überwiegen. Es gebe gar nicht genügend Wasser, um Zuckerrohr anzubauen. Im Sommer, wenn der Tana wenig Wasser führt, würden die Plantagen vermutlich ein Drittel seiner Wassermenge abzweigen. Darunter hätte vor allem



ERFOLG FÜR UMWELTSCHÜTZER IM TANA-DELTA Zuckerrohrprojekt in Kenia vorläufig gestoppt

die örtliche Bevölkerung zu leiden, da die Zuckerrohrplantagen weiter bewässert würden. Die Genehmigung der Regierung stütze sich auf voreilige, unzureichende Umweltfolgenabschätzungen.

Unzureichende Umweltfolgenabschätzungen

Vor einigen Tagen gab ein kenianisches Gericht nun dem Antrag auf einstweilige Verfügung gegen den Anbau von Zuckerrohr zur Energiegewinnung im Tana-Delta statt. Für die Dauer des Verfahrens müssen sämtliche Arbeiten an dem 235 Millionen Euro teuren Projekt eingestellt werden. Die Kläger machten geltend, dass durch das Projekt mindestens fünf kenianische Gesetze sowie die Verfassung des Landes

verletzt würden. Die Initiative geht von der Vereinigung Nature Kenya aus und wird unter anderem von der kenianischen Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai unterstützt. Das kenianische Zuckerrohrprojekt wirft eine Reihe von grundsätzlichen Fragen auf, die im Zusammenhang mit der Globalisierung stehen. Denn falls die Europäische Union an ihrem Ziel festhalten sollte, den Agrospritanteil am Treibstoffverbrauch bis zum Jahr 2020 auf zehn Prozent zu erhöhen, was niemals nur mit heimisch erzeugter Biomasse möglich wäre, würden damit auch umstrittene Projekte wie jenes in Kenia gefördert werden. Faktisch beeinflusst die EU auf diese Weise unmittelbar die kenianische Politik. Kenia ist dabei nur ein Beispiel dafür, wie ein afrikanisches Land vorgefertigten westlichen Ideen folgt – im

konkreten Fall, indem es sich auf die Produktion von Ethanol aus Zuckerrohr einlässt. Das Gleiche gilt aber auch für die eng mit Kenias Wirtschaft verbundenen Nachbarn Uganda und Tansania. Dort werden ebenfalls riesige Naturräume umgestaltet, um sogenannte Energiepflanzen wie Zuckerrohr oder Jatropha anzubauen. Vielleicht wäre Kenia gut beraten, wenn es in diesem Fall nicht wie gewohnt den westlichen Entwicklungen nacheilt, sondern einen eigenen Weg einschlägt. Das könnte bedeuten, sich bereits heute um gesellschaftliche Lösungen für das Problem der steigenden Energiepreise als Folge der Endlichkeit der Ressourcen zu kümmern. Stattdessen setzt die kenianische Regierung auf den Aufbau einer riesigen Zuckerrohrplantage. Damit wird die Degradierung einer arten- und

nischenreichen Naturlandschaft abgesegnet, was allenfalls kurzfristig die Entwicklung der Region fördert, während es mittel- und langfristig hingegen zu unwiderruflichen Verlusten kommen wird, die monetär nur schwer zu beziffern sind.

Breit gefächerte Kritik

Die Organisation Bird International hat zu Recht die Wirtschaftlichkeitsrechnung des Zuckerrohrprojekts in Frage gestellt, indem sie mehrere andere Faktoren wie ausbleibenden Tourismus, den Rückgang der Artenvielfalt und zu erwartende Verluste der Fischwirtschaft in die Bilanz einbezogen hat. Dieser Berechnung zufolge stehen Einnahmen aus dem Zuckerrohranbau in Höhe von 2,45 Millionen Dollar über 20 Jahre Verluste von



Das artenreiche Ökotop des Tana-Mündungsgebietes ist gefährdet.

rund 59 Millionen Dollar gegenüber. Es gibt derzeit allerdings keine Hinweise darauf, dass die kenianische Regierung gewillt wäre, auf das Tana-Projekt zu verzichten und statt dessen in einen gesellschaftlichen Umbau zu investieren, der den Menschen in den ländlichen Regionen zugutekommt und sich behutsam darum bemüht, ihre Lebensqualität vor Ort zu verbessern. Vielmehr sollen die Bewohner und Nomaden vertrieben werden, die Zeit ihres Lebens ihr Vieh im Mündungsgebiet des Tana geweidet und getränkt haben. Ähnlich könnte es auch den rund hunderttausend Menschen ergehen, die in der Nähe des Mau Forest leben. Die Regierung will den dortigen Wald vor der Zerstörung retten, die Anwohner dafür aber umsiedeln. Den bisherigen Plänen zufolge haben die Bewohner des Gebiets bis Oktober Zeit, ihre Habe zu packen und das zweifellos ökologisch wertvolle Waldgebiet zu verlassen. Aber wohin sollen sie gehen? Sollen sie sich etwa den rund eine Million Menschen in Kibera, dem größten Slum Afrikas, anschließen? Am Beispiel des Mau Forests und des Tana-Projekts offenbart sich der Nachteil eines politischen Herrschaftssystems, bei dem eine Zentralregierung gegen den Willen von Teilen der Bevölkerung Entscheidungen treffen darf, durch die Menschen vertrieben werden und ihr angestammter Lebensraum zerstört wird. *Quelle: Schattenblick*
<http://www.schattenblick.de>

PROJEKTE AKTUELL

Rettet den Regenwald unterstützt seit 1986 weltweit Menschen und Initiativen, die vor Ort für den Erhalt der Regenwälder kämpfen. Helfen auch Sie mit einer Spende!

REGENWALDKAUF BEI DEN AWÁ

Wer in Ecuador Natur schützen will, kommt nicht an den Indigenen vorbei.

Mehr als fünfzig Prozent der verbliebenen Urwälder in Ecuador einschließlich vieler Schutzgebiete liegen in indigenen Territorien. Zwar genießen die Ureinwohner in der ecuadorianischen Verfassung besondere Berücksichtigung und Rechte wie die kostenlose Anerkennung ihrer traditionellen Landgebiete, allerdings sind bekanntermaßen recht haben und recht bekommen zwei verschiedene Paar Schuhe.

Die Indigenengebiete sind weiterhin das Armenhaus des Landes und deren rechtliche Anerkennung ein langwieriger Vorgang, der nicht nur von bürokratischen Hürden, sondern auch von politischen Entscheidungen abhängig ist. Sowohl der ecuadorianische Staat als auch extraktive Industrien haben es auf die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Regenwaldgebiete abgesehen, und da sind indigene Landrechte ein Hindernis. Die Awá im Nordwesten Ecuadors sind zwar gut organisiert in der eigenen Awá-Vereinigung und haben gerade im vergangenen Jahr mit einem spektakulären mehrtägigen



Vermessung einer gekauften Parzelle im Regenwald in Ecuador.

Fußmarsch vom Regenwald zum Präsidentenpalast in Quito die legale Anerkennung ihres traditionellen Territoriums durchgesetzt, doch vor Ort im Regenwald machen Holzfäller, Palmölfirmer und Bergbauunternehmen weiter Druck. Aktuell

bedrohen die Awá besonders Pläne zum Abbau von Gold in den Siedimenten der Flüsse. Die Awá haben die Bagger gestoppt und verweigern das Wegerecht. Doch die Goldsucher lassen nicht locker und weitere Konflikte sind vorprogrammiert.

Helfen Sie den Awá, Regenwald zu kaufen

Mit dem Kauf besonders wichtiger Regenwald-Grundstücke am Rande ihres Territoriums versuchen die Awá, ihre angestammte Heimat besser zu schützen. Mit Spendengeldern von Rettet den Regenwald wurde bereits im vergangenen Jahr ein 1.436 Hektar großes Regenwaldstück beim Awá-Dorf Río Tigre im Namen der Awá-Vereinigung erworben. Für dieses Jahr benötigen wir noch Spenden für den Kauf eines weiteren angrenzenden Regenwaldstücks. Die 550 Hektar große Fläche wird aktuell von sechs Siedlerfamilien beansprucht. Der Preis liegt bei 72 Euro pro Hektar. Des Weiteren werden 3.200 Euro für die topografische Vermessung, Notar-kosten, grundbuchliche Eintragung des Grundstücks und Erstellung eines Bewirtschaftungsplans benötigt, also insgesamt 43.200 Euro.

Das Grundstück liegt genau in einem biologischen Korridor zwischen den Mangrovenwäldern am Pazifik im staatlichen Cayapas-Mataje-Schutzgebiet, den Tieflandregenwäldern des Awá-Territoriums, den Bergregenwäldern im Golondrinas-Schutzgebiet und den Paramos (Grassteppen) im El Angel Nationalpark in den Anden. Viele Tierarten wie zum Beispiel die vom Aussterben bedrohten Brillenbären unternehmen jahreszeitliche Wanderungen, Letztere von den Paramos hinunter in die Bergregenwälder und zurück.

Die Awá wollen in den gekauften Waldflächen nur umweltverträgliche Nutzungen zulassen und planen dazu ein kommunales Naturtourismusprojekt. Im angrenzenden Golondrinas-Schutzwald werden bereits solche Aktivitäten von lokalen Organisationen durchgeführt.

MANGROVEN-AUFFORSTUNG AUF DEN PHILIPPINEN

Auf der kleinen Insel Samal Island am Golf von Davao auf den Philippinen fehlen Mangroven-Setzlinge zum Schutz der Küste und als Brutstube für den Fischnachwuchs in den morastigen Küstenstreifen. Einst wurden die Mangroven großflächig abgeholzt. Dickere Stämme wurden für Holzbauten verwendet, da das Holz relativ schädlingsresistent ist, während dünnere Luftwurzeln zu Holzkohle verarbeitet wurden. Diese Wasserfläche zwischen Davao und Samal Island ist circa zwölf Mal größer als der Bodensee und versorgt mehr als vier Millionen Menschen mit Speisefisch. Allerdings haben die Bestände durch den Raubbau an den Mangroven und durch die groß-



Ein Anfang ist gemacht: Fast 45.000 auf der Samal Island ausgesetzte Mangroven-Setzlinge sind der erste Schritt zur Regenerierung des beschädigten Ökosystems.

en Fischtrawler dramatisch abgenommen, die am Eingang des Golfs fischen. Um die Versorgung mit Seefisch zu sichern, sind nach Schätzungen der örtlichen Umweltbehörde (DENR) circa 500.000 Mangroven anzupflanzen. Das Programm wird zehn Jahre dauern. Mit fast 45.000 ausgesetzten Setzlingen, die zum

großen Teil von Rettet den Regenwald gespendet wurden, ist der erste Schritt bereits getan. Des Weiteren soll durch ein Schutzprogramm dafür gesorgt werden, dass die Mangroven in Zukunft nicht wieder abgeholzt werden. Es ist ein Anfang, um Davao wieder in einen intakten Lebensraum zu verwandeln.

FRAUEN KÄMPFEN GEGEN DIE GRÜNE WÜSTE

900 Anhängerinnen der „Bewegung der Bauernfrauen“ (MMC) stürmten den Großgrundbesitz des Papierkonzerns Stora Enso im Rio Grande do Sul und installierten dort ein Protestcamp. „Wir wollen die Menschen in Brasilien wach rütteln und auf die Bedrohungen aufmerksam machen. Die meisten Menschen wissen davon gar nicht“, erklärt Lucy Piovesan von MMC. „Heute ist in unserem Land der Naturreichtum in den Händen des Agrobusiness und von multinationalen Konzernen, während die Bevölkerung immer weniger Zugang zu Ressourcen, Land, Wasser und Lebensmitteln hat“, fügt ihre MMC-Mitstreiterin Carmen Lorenzoni hinzu.

Die als „Grüne Wüste“ verdamnten Holzplantagen werden in Brasilien auf Kosten natürlicher Ökosysteme und der Nahrungsmittelproduktion weiter ausgedehnt. 560.000 Hektar industrieller Eukalyptus-Monokulturen gibt es bereits im Bundesstaat Rio Grande do Sul. In den nächsten sieben Jahren sollen insgesamt 380.000 Hektar Plantagen hinzukommen. Das dort erzeugte Holz soll die geplanten Zellulosefabriken der großen Konzerne Aracruz, Votoran-



Proteste am Weltfrauentag gegen die Grüne Wüste in Brasilien.

tim Celulose e Papel und Stora Enso versorgen – überwiegend für den Export und um den Konsum in den Industriestaaten zu befriedigen.

Ähnliche Ziele wie die MMC hat auch die Gruppe „Ländliche Reflexion“ in Argentinien. Dort sind die Sojaplantagen für deutsches Tierfutter und Agrosprit weiter auf dem Vormarsch. Mit zwei Radioprogrammen wird die Bevölkerung über die dadurch entstehenden Bedrohungen informiert. „Neuerdings kaufen Investitionsfonds die Farmen auf. Die neuen Verwalter reißen die Gebäude nieder, damit sich dort niemand nie-

derlässt, wie sie sagen. Dann besprühen sie alles mit Herbiziden, um den ganzen Bestand an Unkraut loszuwerden. Das ist ein direkter Angriff auf alles Leben“, berichtet Jorge Rulli von der „Ländlichen Reflexion“.

Rettet den Regenwald will auch weiterhin diese und weitere Gruppen unterstützen, die gegen Urwaldzerstörung durch Bergbau, Ölförderung, Agrokraftstoffe sowie die industriellen Holzplantagen kämpfen. Helfen Sie mit!

Sehen Sie auch unsere Projektausgaben 2007: www.regenwald.org/bericht.pdf

Einmalige Regenwald-Spende

☐ Ich spende einmalig und erhalte eine/mehrere Urkunden. Den abzubuchenden Betrag und meine Kontoverbindung habe ich angekreuzt/eingetragen. Der Mindestspendenbetrag je Projekt beträgt 20 Euro.

☐ 20 Euro ☐ 30 Euro ☐ 60 Euro Euro

Für das Projekt:

- A** Allgemeine Spende **B** Mangroven **C** Awá-Wald
D Frauen für den Regenwald **E** Huaorani-Indianer im Yasuní-Nationalpark

Absender:

Vorname, Name

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

E-Mail

Die angegebenen Daten werden unter strenger Beachtung der Datenschutzvorschriften elektronisch zum Zweck von Rettet den Regenwald e.V. bearbeitet. Sie werden keinem Dritten zugänglich gemacht.

Geldinstitut

Konto

BLZ

Datum/Unterschrift

Rettet den Regenwald e.V.

Friedhofsweg 28, 22337 Hamburg

Tel 040 - 410 38 04

Fax 040 - 450 01 44

info@regenwald.ORG

www.regenwald.ORG

Spendenkonto: Sparda-Bank Hamburg,
Konto 0000 600 463, BLZ 206 905 00

Regenwald-Urkunden-Wünsche

Innerhalb von zwei Tagen nach Eingang der Spende werden die Urkunden verschickt, die aber auch im Internet bestellt werden können: **www.regenwald.org**



☐ Ich möchte eine/mehrere Regenwald-Urkunde(n). Bitte nennen Sie im Feld vor dem Namen die Nummer der Urkunde und im Feld hinter dem Namen den Buchstaben für das Projekt. Dankeschön, dass Sie den/die Namen in Druckbuchstaben schreiben.

	Name auf der Urkunde	
	Name auf der Urkunde	
	Name auf der Urkunde	

☐ Ich spende: ☐ monatlich
☐ 1/4-jährlich
☐ jährlich

☐ 20 Euro ☐ 60 Euro ☐ 120 Euro

Euro

ab Monat

Fördermitgliedschaft

Ich möchte Rettet den Regenwald e.V. regelmäßig unterstützen und erteile die unten stehende Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann. Wenn mein Konto nicht gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Überweisungsauftrag / Zahlschein

(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstituts) (Bankleitzahl)



Herzlichen Dank für Ihre Spende

Rettet den Regenwald e.V.
Friedhofsweg 28 · 22337 Hamburg

Empfänger (max. 27 Stellen)

Rettet den Regenwald e.V.

Konto-Nr. des Empfängers

0000 600 463

Sparda-Bank, Hamburg

Bankleitzahl

206 905 00

Spende

EUR
EURO

Betrag

Name des Spenders

PLZ und Straße des Spenders (max. 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler, Name, Ort (max. 27 Stellen)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

19

Datum

Unterschrift

Beleg/Quittung für den Auftraggeber

Konto-Nr. des Auftraggebers

Empfänger

Rettet den Regenwald e.V.
Friedhofsweg 28 · 22337 Hamburg

Kto.-Nr bei

0000 600 463
Sparda-Bank Hamburg

Verwendungszweck

Spende

Euro

Auftraggeber/Einzahler (genaue Anschrift)

Datum

Quittung des Kreditinstituts bei Barzahlung